

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 16.12.2008

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 21:20 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 21.20 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 21.20 Uhr
Frau Isa Weiß	CDU	16:30 Uhr bis 21.20 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16.30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	16:30 Uhr bis 17:00 Uhr
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBürger	16:30 Uhr bis 21:20 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	16:30 Uhr bis 21.20 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.
Herr Gottfried Koehn	SPD

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Zu Beginn der Sitzung wurden von der Verwaltung folgende Unterlagen an die Ausschussmitglieder verteilt:

- Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 08.01.2008 (die Ausschussmitglieder, die an der Sitzung nicht teilnehmen konnten, erhalten die Einladung mit der Post)
- Veränderung von Planansätzen des Dez. II, Stand 15.12.2008,
- Schreiben des Dez. II zur Begründung für die Erhöhung der Unterhaltungsmittel des Verwaltungshaushaltes 2009 Straßen, Wege und Plätze (UA 6300, Gemeindestraßen) im Stadtgebiet von Halle auf 2.888.770 € (ohne Datum).

Sodann eröffnete der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Meerheim die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Dr. Meerheim teilte mit, dass die vorliegende Tagesordnung um zwei Tagesordnungspunkte ergänzt wird:

- 4.1 Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlagennummer IV/2008/07421
- 4.2. EB ZGM – Entwicklung der Mieten, Mietkalkulation, Entwicklung der Betriebskosten, Investitionstätigkeit bzw. Modernisierungen.

Abstimmungsergebnis über die ergänzte Tagesordnung:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt.

3. Genehmigung der Niederschrift

4. Beschlussvorlagen

4.1. Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07421

Änderungsantrag des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und
4.1.1 Liegenschaften zur Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
. Vorlage: IV/2008/07708

4.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie participationsbericht über das Jahr 2007
EB ZGM - Entwicklung der Mieten, Mietkalkulation, Entwicklung der Betriebskosten, Investitionstätigkeit bzw. Modernisierungen
Vorlage: IV/2008/07577

4.3. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie participationsbericht über das Jahr 2007
Dezernat II - Planen und Bauen
Vorlage: IV/2008/07577

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten

6. schriftliche Anfragen von Stadträten

7. Mitteilungen

8. mündliche Anfragen

9. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: IV/2008/07421**

Frau Balleyer erläuterte den Inhalt des Vermerkes an die Mitglieder des Ausschusses vom 15.12.2008 und plädierte dafür, der ursprünglichen Verwaltungsvorlage zuzustimmen.

Nach den Ausführungen von Frau Balleyer verlas der Ausschussvorsitzende Dr. Meerheim einen Vermerk des Rechtsamtes zum „Mitwirkungsverbot nach § 31 GO LSA in Bezug auf den Beschluss des Stadtrates über die Abfallgebührensatzung sowie Ausschluss der Öffentlichkeit“ vom 15.12.2008.

(Vermerk liegt diesem Protokoll als Anlage bei).

[Im wesentlichen geht es in den genannten Vermerk darum, dass Herr Stadtrat Misch einen Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA unterliegt, da ein Beschluss über eine Änderung der Abfallgebührensatzung im Sinne einer Einstellung des Veräußerungserlöses in den Gebührenhaushalt dem Begehren von Herrn Misch in dem von ihm angestrebten Prozess nachkommen würde. Somit würde Herr Misch klaglos gestellt, so dass vom OVG argumentiert werden könnte, die Stadt habe dem Bescheid zugrunde liegende Kalkulation im Sinne von Herrn Misch geändert und somit wäre über die Rechtmäßigkeit der Einstellung der Erlöse in den Verwaltungshaushalt nicht mehr zu entscheiden.

Der zweite Teil des Vermerkes behandelt die Frage, ob die Behandlung des damals erzielten Erlöses aus dem Verkauf der Geschäftsanteile und wie ggf. damit die Änderung der Beschlussvorlage des Stadtrates unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu erfolgen habe.]

Frau Weiß bemerkt, dass sie ohne genauere rechtliche Prüfung der Argumentation der Verwaltung nicht sofort entscheiden kann, ob ein Mitwirkungsverbot und ein Grund für den Ausschluss der Öffentlichkeit vorliegt, da sie gerade eben von dem Vermerk des Rechtsamtes erfahren hat.

Herr Misch erklärte, dass er für sich keinen besonderen Vor- oder Nachteil erkennen kann.

Herr Beigeordneter Dr. Wiegand teilte mit, dass in Zweifelsfällen der betroffene Stadtrat an der Beratung und Abstimmung über das Mitwirkungsverbot nicht teilnehmen darf.

Darauf hin verlässt Herr Misch seinen Platz und begab sich in den Teil des Sitzungsraumes, der für die Öffentlichkeit vorgesehen ist. (16:50 Uhr).

Herr Wolter erklärte, er erkenne kein Mitwirkungsverbot für Herrn Misch.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 16. Dezember 2008 - öffentlicher Teil

Frau Wolff stellt die Frage, warum über ein Mitwirkungsverbot erst heute gesprochen wird. Der Vorgang ist schon seit längerem der Verwaltung bekannt.

Herr Dr. Wiegand stellte klar, dass aus Sicht der Verwaltung ein Mitwirkungsverbot für Herrn Misch auf jeden Fall bestehe.

Herr Wolter erläuterte, dass die Verwaltung bereits in der Vorlage IV/2008/07421 vom 09.10.2008 auf den Rechtsstreit hingewiesen hat, demzufolge müsste bereits schon früher ein Mitwirkungsverbot von Herrn Misch vorliegen.

Herr Bönisch erklärte, dass er ebenfalls kein Mitwirkungsverbot von Herrn Misch erkennen kann.

Herr Dr. Eigenfeld machte den Vorschlag, dass Herr Misch freiwillig auf seine Mitwirkung verzichtet.

Herr Dr. Brümmer erläuterte nochmals die Verwaltungsmeinung und machte deutlich, dass ohne Zweifel ein Mitwirkungsverbot von Herrn Misch vorliegt.

Herr Dr. Meerheim lässt über das Mitwirkungsverbot abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

0 Ja- Stimmen
7 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig abgelehnt

Beschluss:

Herr Misch unterliegt nicht dem Mitwirkungsverbot.

Herr Misch nahm seinen Platz wieder ein (17:00 Uhr), Herr Dr. Eigenfeld verlies die Sitzung (17:00 Uhr)

Herr Dr. Meerheim lässt über den Ausschluss der Öffentlichkeit abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
5 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen.

Beschluss:

Die Öffentlichkeit wird nicht ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag (in modifizierter Form):

Der Stadtrat beschließt die Gebührensatzung der Stadt Halle (Saale) in der Fassung der vorgelegten Variante 3.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zur Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07708**

Herr Misch erläuterte, dass er die Variante wie sie in Anlage 3 (Berechnung des Gebührentarifes 2009 für die Variante „Einstellung eines Anteiles der 6,7 Mio. EUR, 4 Jahre, 7 Monate, in den Abfallgebührenhaushalt 2009 als Mehreinnahme“) des Vermerkes des Umweltamtes vom 15.12.2008 vorgelegt wurde, für die geeignete Variante hält.

Herr Dr. Schmidt machte deutlich, dass er es sich nicht vorstellen kann, dass Teile des Stadtrates ohne Not Gebühren zurückgeben möchten, ohne ein rechtskräftiges Urteil abzuwarten. Er erinnerte an die Ereignisse des Gemeinderates von Ammendorf, dessen Mitglieder sich wegen einer ihrer Entscheidungen vor einem Gericht verantworten müssen.

Herr Bönisch machte deutlich, dass man nie genau wisse, wie ein Urteil ausfällt. Er plädierte dafür, dass der Finanzausschuss sich der Variante wie sie in Anlage 3 vorgestellt wurde, anschließen solle.

Herr Dr. Meerheim lässt über Anlage 3 (Berechnung des Gebührentarifes 2009 für die Variante „Einstellung eines Anteiles der 6,7 Mio. EUR, 4 Jahre, 7 Monate, in den Abfallgebührenhaushalt 2009 als Mehreinnahme“) des Vermerkes des Umweltamtes vom 15.12.2008 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

Herr Beigeordneter Geier stellte fest, dass mit dem Abstimmungsergebnis Mehrausgaben in Höhe von mehr als 1,5 Mio. Euro in den Verwaltungshaushalt 2009 eingestellt werden müssen.

Sodann lässt Herr Dr. Meerheim über die geänderte Vorlage IV/2008/07421 einschl. der Anlage 3 (Berechnung des Gebührentarifes 2009 für die Variante „Einstellung eines Anteiles der 6,7 Mio. EUR, 4 Jahre, 7 Monate, in den Abfallgebührenhaushalt 2009 als Mehreinnahme“) des Vermerkes des Umweltamtes vom 15.12.2008 abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Gebührensatzung der Stadt Halle (Saale) in der Fassung der vorgelegten Variante 3.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung.
mehrheitlich zugestimmt

**zu 4.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007
EB ZGM - Entwicklung der Mieten, Mietkalkulation, Entwicklung der Betriebskosten, Investitionstätigkeit bzw. Modernisierungen
Vorlage: IV/2008/07577**

Herr Bielecke vom Eigenbetrieb ZGM erläuterte anhand einer Präsentation die Kalkulation der Miet- und Nebenkosten für das Jahr 2009.

Die Präsentation ist diesem Protokoll als Anlage sowie als externes Dokument im Session (elektronischen Sitzungsdienst des Stadtrates) der Sitzung beigefügt.

Herr Bielecke erläuterte weiterhin, dass die Struktur der Finanzmittel nicht optimal ist. Die notwendigen Abschreibungen werden zurzeit nicht im ausreichenden Maße bedient.

Im Übrigen wurde die Präsentation zur Kenntnis genommen.

**zu 4.3 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007
Dezernat II - Planen und Bauen
Vorlage: IV/2008/07577**

VWH UA 8400, nur Grupp. 7154 Zuschuss an MMZ

Herr Bönisch fragt nach, ab wann der Zuschuss an das MMZ auf 0 gesenkt werden kann. Herr Bürgermeister Dr. Pohlack erläuterte, dass der Zuschuss deswegen auch so hoch sein, weil die ungünstigen Betriebskosten nicht auf die Mieter des MMZ umgelegt werden können.

Im Übrigen wurde der Ansatz zur Kenntnis genommen.

VWH UA 6000 Stabsstelle Bauverwaltung

Frau Wolff fragte nach, warum die Personalkosten in diesem UA von 171.400 Euro auf 323.000 Euro angestiegen sind. Die Verwaltung sicherte eine Antwort zu.

Im Übrigen wurde der Ansatz zur Kenntnis genommen.

VWH Amt 61 Amt für Stadtentwicklung und -planung

UA 6100

Herr Bönisch fragte nach, warum die Personalkosten in diesem UA von 3.036.900 Euro auf 3.414.200 Euro angestiegen sind. Die Verwaltung sicherte eine Antwort zu.

Im Übrigen wurde der Ansatz zur Kenntnis genommen.

UA 6150

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

UA 7920

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

VMH Amt 61 Amt für Stadtentwicklung und –planung

UA 6100

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

UA 6150

Maßnahme 007: Altindustriestandorte Merseburger Straße

Es wurde die Frage gestellt, wohin der Überschuss aus dem Jahre 2008 fließt.

Im Übrigen wurden die Ansätze des UA 6100 zur Kenntnis genommen.

Pause von 19:20 Uhr bis 19:30 Uhr

UA 7920

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

VWH Amt 62 Amt für Vermessung und Geodaten

UA 6110

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

VMH Amt 62 UA 6110

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

VWH Amt 63 Amt für Bauordnung und Denkmalschutz

UA 6130

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

UA 6200

HHst. 658000: Auf Nachfrage erläuterte Dr. Hanuschka dass der Mittelansatz für einen neuen Mietspiegel, der gemeinsam mit den Wohnungsunternehmen erstellt wird, vorgesehen ist.

Im Übrigen wurde der Ansatz zur Kenntnis genommen.

VMH Amt 63 Amt für Bauordnung und Denkmalschutz

UA 6130

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

UA 6200

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

VWA Amt 66 Amt für Tiefbau und Straßenverkehr

UA 1104

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

UA 6020

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

UA 6300

HHst 540300: Auf Nachfrage erläuterte Herr Dr. Pohlack, dass die Absenkung des HH-Ansatzes um 1 Mio. Euro zur Oberflächenentwässerung zurzeit mit der HWA verhandelt werden.

HHst: 511000: Auf Nachfrage erläuterte Herr Dr. Pohlack, dass mit dem angemeldeten Ansatz in Höhe von 2.887.000 Euro nur die **größten** Schäden beseitigt werden können. Wenn man hingegen noch die „**großen**“ Schäden beseitigen wolle, fehlen 1 Mio. Euro zusätzlich.

Ansonsten wurde der Ansatz zur Kenntnis genommen.

Die Ansätze der **UA 6500, 6600, 6650, 6700, 6800, 6900 und 7630** wurden zur Kenntnis genommen.

VMH Amt 66 Amt für Tiefbau und Straßenverkehr

UA 1104

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

UA 6300

Vorhabenskennziffer 034 Busbahnhof/Hauptbahnhof

Auf Nachfrage sicherte die Verwaltung zu, eine Antwort auf die Einnahme des Saalekreises vorzulegen. (Ist als Anlage beigefügt.)

Ansonsten wurde der Ansatz zur Kenntnis genommen.

UA 6600

Vorhabenskennziffer 010 Gimritzer Damm

Auf Nachfrage erläuterte Herr Dr. Pohlack, dass es unabhängig vom Dienstsitz des Finanzamtes sinnvoll ist, die Mittel für die 1. und 2. Planungsphase nach HAOI einzustellen.

Der Ausschuss bat, die Ampelschaltung im Bereich Gimritzer Damm zu überprüfen und ggf. zu optimieren. (Antwort der Verwaltung siehe Anlage.)

Im Übrigen wurde der Ansatz zur Kenntnis genommen.

UA 6700

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

UA 6800

Vorhabenskennziffer 006 Schnittstelle S-Bahnhof Nietleben

Herr Wolter stellte den Antrag, dass das Vorhaben aus dem Haushaltsplanansatz 2009 gestrichen werden soll. (Wiedervorlage in der Abschlussberatung)

Im Übrigen wurde der Ansatz zur Kenntnis genommen.

UA 6900

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

VWH Amt 67 Grünflächenamt

UA 5810

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

UA 7500

HHst: 518000 Erhaltung des Baumbestandes:

Das Amt 67 stellte den Antrag, den Ansatz der Haushaltsstelle 110300 „Friedhofsgebühren“ von 2.100.000 Euro um 100.000 Euro auf 2.200.000 Euro zu erhöhen. Die Mehreinnahmen werden der Haushaltsstelle 518000 „Erhaltung des Baumbestandes“ zugeführt, so dass der dortige neue Haushaltsansatz 150.000,00 Euro beträgt.

Der Ausschuss nahm den Antrag an.

Im Übrigen wurde der Ansatz zur Kenntnis genommen.

UA 7720

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

UA 8550

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

VMH Amt 67 Grünflächenamt

UA 5810

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

UA 7500

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

UA 7720

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

UA 8550

Der Ansatz wurde zur Kenntnis genommen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine Anfragen vor.

zu 7 Mitteilungen

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 8 mündliche Anfragen

Es wurden keine mündlichen Anfragen gestellt.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Hinweis:

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Meerheim wurde keine Behandlung nicht öffentlicher Tagesordnungspunkte gewünscht. Somit bestand keine Notwendigkeit, eine nicht öffentliche Sitzung durchzuführen.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter

Rainer von Nievenheim
Protokollführer